

Krieg im Kaukasus

Ansichten • Hintergründe

Kontroversen • Auswirkungen



WOSTOK
SPEZIAL

werden entstehen, wofür der Kreml beiden Staaten jeweils 150 Millionen Dollar zur Verfügung stellen wird. Der Kreml bereitet „Durchbruchinitiativen“ vor, erklärte jedoch, daß der heutige georgische Präsident als Verhandlungspartner nicht in Frage komme.

Rußland schlug die Informationsangriffe des Westens zurück. Die Aufklärungsarbeit wurde erstmals nicht nur den Politologen und Journalisten, die auf das Völkerrecht spezialisiert sind, überlassen. Der Präsident, der Ministerpräsident und der Außenminister spielten die erste Geige. Sie waren in den führenden Fernsehsendern der Welt zu hören, ihre Interviews und Ansprachen wurden in den Printmedien veröffentlicht.

Die US-„Falken“ schliefen nicht, sie versuchten, aus Rußland, das in den Konflikt mit Georgien eintrat, den Feind zu machen. Die „Diplomatie der Kanonenboote“ ist wieder in Mode. Russische Analysten sind einhellig der Meinung, daß George Bush und seine Mitstreiter genau das brauchten, um die Übergabe der Macht erfolgreich abzuschließen. Das ist sehr aktuell: Irak und Afghanistan sind schon alte, un-

populäre Kriege. Es fällt leicht, Rußland als einen Feind darzustellen, um so mehr, als man ihn nicht bekriegen muß. Die von der Propagandamaschinerie vorbereiteten Wähler um diesen Popanz zusammenscharen, ist jedoch möglich.

Denke ich an die Tragödie in Zchinwali, blutet mein Herz. Weil ich viele treue, aufrichtige Freunde in Georgien habe, die auf die billigen Halbwahrheiten oder Lügen nicht hereinfallen werden. Was denken sie über die Wahl meiner politischen Führung, was denken sie über die Grausamkeit, die jene Menschen traf, die viele von ihnen als Brüder bezeichnen.

Giwi, Suliko, Wascha, Temo ... ich glaube, daß weder ihnen noch mir selbst im schrecklichsten Alptraum erscheinen konnte, daß unsere Militärs aufeinander schießen und russische Friedensstifter von georgischen Partnern verraten würden. „Die Beleidigung der Menschlichkeit“, nannte Anfang August der Kommissar des Europarlaments für Menschenrechte Thomas Hammarberg diese Ereignisse. „Wenn die Panzer Kinder beschießen – das ist nicht die männliche Würde des Kriegers, der im

Kaukasus groß geworden ist, sondern seine Schande.“ Das sind die Worte des Chefdirigenten des London Symphony Orchestra und des Mariinski Opernhauses in Sankt-Petersburg Valeri Gergijew, der selbst Ossete ist. Er sagte seine Konzerte in Schottland ab, um nach Zchinwali zu eilen und für die ganze Welt ein Konzert zu geben. Vor der Kulisse klaffender Löcher in den Wohnhäusern und brennender Kerzen im Gedenken an die Getöteten erklang die Musik Schostakowitschs und Tschai-kowskis.

Ich kann nicht verstehen, daß die verantwortungsvollen Politiker Georgiens ihrem Präsidenten grünes Licht geben konnten, den Krieg zu entfesseln und den Boden, den sie als ihren eigenen bezeichnen, von „Fremdländern zu reinigen“, das Blut friedlicher Bürger zu vergießen.

Wer sind die Dämonen, die die Herzen Tausender freiheitsliebender und gastfreundlicher Menschen mit dem Gift des Hasses vergiftet, goldene Seiten der Freundschaft der letzten vierhundert Jahre in den Schmutz getreten haben.

Beinahe eine Million Menschen aus Georgien haben in



Rußland ihre zweite Heimat gefunden. Sie arbeiten hier, um ihre Familien zu ernähren. Ich halte es für eine Verletzung der Menschenrechte, wenn für sie die Visaausstellung für den Besuch der Heimat erschwert ist, wenn sie ihr durch schwere Arbeit verdientes Geld nicht nach Georgien überweisen können, wenn der Flugzeugverkehr unterbrochen ist. All dies zeugt von der Unfähigkeit der Politiker, die nicht gewillt sind, sich an den Verhandlungstisch zu setzen und zu einer Einigung zu kommen.

Man sagt, daß jeder Krieg mit dem Frieden endet. Wie sehr möchte man, daß das Gewitter bald vorbei ist, daß die Spannung geht, die Menschen wieder ruhig leben, die Soldaten die Waffen strecken und der heiße Sommer 2008 zu keinem kalten Winter wird!

Wladimir Miljutenko,
Publizist, Moskau

Georgien zwischen Rosenrevolution und russischer Aggression

Vladimer Papava

Die Rosenrevolution im November 2003 war Ergebnis des Strebens des georgischen Volkes nach Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft, der Verbesserung der Menschenrechtssituation, der Reduzierung der Korruption, dem Aufbau der einheimischen Wirtschaft und der qualitativen Verbesserung der Lebensbe-

dingungen für die Mehrheitsbevölkerung. Es ist keine Überraschung, daß die „Revolution“ und ihre Helden, angeführt von Michail Saakaschwili, von der US-Regierung, der Führung der EU und den Regierungen ihrer Mitgliedstaaten sowie der ganzen zivilisierten Welt unterstützt wurden.

Doch bereits nach zwei Jahren war die natürliche Eu-

phorie, von der die Revolution im In- und Ausland begleitet war, nach und nach verschwunden. Die Euphorie wich der Ernüchterung, die zu einer eindeutig realistischeren Bewertung der Ergebnisse der postrevolutionären Wandlungen führte. Zu betonen ist, daß die Ernüchterung nach der „revolutionären Trunkenheit“ in Georgien schneller einsetzte als im Ausland, was auch verständlich ist. Denn die georgischen Bürger haben alle „Freuden“ der Revolution am eigenen Leib erfahren, während die internationalen Freunde des Landes sehr oft nicht unterscheiden konnten zwischen dem, was sie sich wünschen, das passierte, und dem, was tatsächlich passierte.

Das nachrevolutionäre politische Regime in Georgien

war von Anfang an eine Mischung aus demokratischen und autoritaristischen Elementen. Ein solch hybrides Regime ist nichts grundlegend Neues, galt allerdings bis dahin als charakteristisch für alle jene postkommunistischen Staaten, die eine „bunte“ Revolution vermeiden konnten.

Während die Niederschlagung der friedlichen Demonstrationen und Proteste in Tbilissi im November 2007 für viel zu viele westliche Politiker und Experten unerwartet kam, waren diese Ereignisse für georgische Analysten mehr oder weniger vorhersehbar. Es war im Prinzip einfach, vorauszu-sehen, daß das offizielle Tbilissi dem Rest der Welt früher oder später sein wahres Gesicht zeigen würde. Denn die Unterdrückung der Proteste,

die Schließung der oppositionellen Fernsehsender und die Erklärung des Ausnahmezustandes waren nur Höhepunkte dessen, was nach der Revolution passierte. Doch die Frage bleibt, warum die Ereignisse im November 2007 so überraschend für den Westen kamen.

Seit der russischen Aggression ist Georgien in einer extrem komplizierten Situation. Für ein besseres Verständnis der Probleme und Herausforderungen, denen sich das Land gegenüber sieht, ist es nützlich, die postrevolutionären Schlüsseltendenzen in Erinnerung zu rufen.

Die Herausforderungen für die Regierung und die Machtkonzentration

Der Anfang von allem liegt darin, daß Georgiens junge (auch dem Alter nach) und in vielerlei Hinsicht unerfahrene Regierung von der Schewardnadseadministration zahlreiche ungelöste Probleme geerbt hatte. Zwei seien vor allem genannt: erstens die Energiekrise, einmal mehr würde Georgien im Winter ohne Strom und Wärmeenergie überleben müssen. Zweitens die Haushaltskrise, die Regierung war aufgrund der Unfähigkeit und des Unwillens der Vorgängerregierung, die Steuer einzutreiben, mit immensen Ren-

ten- und Lohnschulden in den staatlich finanzierten Bereichen konfrontiert.

Viele andere Probleme waren vor allem bedingt durch die ausufernde Korruption. So erwies sich als eine Schlüsselaufgabe für die neue Regierung gerade der Kampf gegen die Korruption. Gleichzeitig war die Regierung, die auf revolutionärem Wege an die Macht gekommen war, gezwungen, die Machtvertikale zu stärken und die Elemente des dezentralen Regierungssystems zu beseitigen. Dies rechtfertigte sie mit der Notwendigkeit, die territoriale Integrität des Landes wiederherzustellen.

Seit seinem Machtantritt verfolgte Saakaschwili das Ziel, die Macht stärker in der Hand des Präsidenten zu konzentrieren. Zu diesem Zwecke wurden bereits im Februar 2004 – einen Monat nach der Präsidentschaftswahl – Änderungen und Ergänzungen an der Verfassung vorgenommen. Damals erhielt der Präsident die Vollmacht, die Regierung zu entlassen oder das Parlament aufzulösen und vorgezogene Neuwahlen anzusetzen, im Falle daß Regierung und Parlament in einem unauflösbaren Konflikt stünden. Die natürliche Konsequenz dieser Verfassungsänderung war, daß das Parlament nun noch loyaler nicht nur gegenüber dem Präsidenten, sondern auch gegenüber der Regierung war,

was wiederum zu einer signifikanten Schwächung der Legislative führte. Ende 2006 schlug Saakaschwili auf Druck des Europarates eine Verfassungsänderung vor, die im Falle einer wiederholten Auflösung des Parlaments zwingend vorgezogene Präsidentschaftswahlen vorsah.

Neben dieser Neujustierung der Machtbalance, die möglicherweise ein etwas „stabileres“ Parlament ermöglichte, wurden weitere Änderungen verabschiedet, die den präsidentiellen Einfluß im Parlament weiter stärkten. Vor der Verfassungsänderung 2006 sollten die regulären Parlamentswahlen im Frühjahr 2008 und die reguläre Präsidentschaftswahl im Herbst 2009 stattfinden. Mit der Änderung wurden die Wahlen zusammengelegt und sollten im Herbst 2008 durchgeführt werden. Mit dieser Änderung verkürzte Saakaschwili seine eigene Amtszeit um einige Monate, doch die Legislaturperiode des Parlaments wurde um ein halbes Jahr verlängert. Vor dem Hintergrund, daß die Präsidentenpartei, die die absolute Mehrheit der Abgeordneten stellte, von Tag zu Tag an Popularität verlor und der Präsident vor den November-Ereignissen 2007 keine nennenswerte Konkurrenz hatte, sollte diese Entscheidung die Wahrscheinlichkeit erhöhen, daß bei zeitgleich stattfindenden Wahlen diejenigen, die für Saakaschwili stimmten, ihr Kreuzchen auch bei seiner Nationalen Bewegung machen würden.

Vor den Ereignissen im November 2007 war der Plan Saakaschwilis und seiner Mitstreiter also, eine noch größere Machtfülle in der Hand des Präsidenten zu konzentrieren. Die parlamentarische Opposition wäre in eine notwendige Dekoration verwandelt worden, so daß das „demokratische Image“ erhalten geblieben wäre.

Nur am Rande: Während Saakaschwili vor seinem Amtsantritt als einer der schärfsten Kritiker Präsident Scheward-

nades aufgetreten war, als dieser die Direktwahl der Bürgermeister in den Verwaltungszentren nicht zulassen wollte, war die Idee einer Direktwahl nach Saakaschwilis Machtantritt vollends vom Tisch. Und daß es nicht einmal ansatzweise kritische Anmerkungen seitens des Westens zu den beschriebenen Verfestigungen der Präsidentschaft gab, stimulierte das Wachstum autoritärer Tendenzen im Regierungsstil weiter.

Fortschritte

Die Stärkung der Präsidentschaft hatte einige positive Implikationen mit Blick auf die Etablierung einer Finanzordnung im Lande, durch die die Steuereinnahmen signifikant erhöht wurden und in deren Folge die Haushaltskrise überwunden werden konnte. Im Ergebnis trug die Regierung alle angehäuften Schulden bei den Rentnern und den haushaltsabhängig Beschäftigten ab. Bereits im Sommer 2004 führte dies zur Wiederauflage des IWF-Programms, das 2003 aufgrund der extremen Korruption in der Schewardnadseverwaltung auf Eis gelegt worden war.

Neben anderen Leistungen der postrevolutionären Regierung muß man die qualitative Verbesserung der kriminologischen Situation betonen. Die Festigung der Präsidentschaft befähigte die Regierung, einen effektiven Kampf gegen die Korruption in die Wege zu leiten. In diesem Zusammenhang muß man die Auflösung der Verkehrsmiliz erwähnen, die seit der Sowjetzeit existiert hatte, und den Neuaufbau einer Straßenpolizei, die der US-„Road Police“ nachempfunden ist, in sehr kurzer Zeit. Infolgedessen konnte die schändliche Praxis der Bestechung entlang aller Straßen und Autobahnen ausgerottet werden.

Der Kampf gegen die Korruption im Energiesektor ermöglichte die Überwindung der Energiekrise. Bereits im Winter 2006/2007 erfreute sich ganz Georgien einer hun-

Der Westen wollte lange Zeit die autoritären Entwicklungen im postrevolutionären Georgien unter Präsident Michail Saakaschwili nicht zur Kenntnis nehmen. Dabei deuteten bereits seit 2004 viele Entwicklungen im wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bereich, also lange vor der gewaltsamen Niederschlagung der Oppositionsproteste im November 2007 und den folgenden Wahlen, darauf hin, daß das Werte- und Demokratieverständnis zwischen der georgischen Führung und Teilen der Gesellschaft auseinanderklafften. Die Reaktion der westlichen Staatengemeinschaft auf den georgisch-russischen Krieg hat gezeigt, daß sie weiter geneigt ist, ihren Kurs der Unterstützung der politischen Führung fortzuführen. Damit aber nützt man nach Meinung von georgischen Analytikern nicht der Demokratieentwicklung im Lande, sondern der Verfestigung des autoritären Systems.

dertprozentigen Energieversorgung.

Auch ist die Einführung des landesweiten Tests für den Zugang zur Hochschule hervorzuheben, der das alte korrupte System der Zulassungsmodalitäten in jeder einzelnen Hochschule ablöste.

Ein Zuwachs um 300 Prozent bei den Haushaltseinnahmen wurde im Ergebnis von Antikorruptionsmaßnahmen wie Verhaftung und Entlassung ehemaliger Regierungsbeamter und ihrer Angehörigen für den „Preis der Freiheit“ erzielt. Offiziell wurde dies propagiert als Rückgabe von Geld und Besitz, die dem Staat gestohlen worden waren. Diese Art von Staatseinnahmen konnten nicht auf einer regulären Basis erhoben werden, es waren einmalige Zuführungen an den Staatshaushalt. Im optimalen Falle konnte man den Hebel ein zweites Mal ansetzen, doch dann mit deutlich weniger Wirkung. Die Regierung eröffnete für diese Gelder „außerbudgetäre Konten“, auf die diejenigen, die der Korruption verdächtigt wurden, gezwungen waren, bestimmte Zahlungen zu leisten, um sich ihre Freiheit zu kaufen.

Die Auflegung eines breit angelegten Privatisierungsprogramms sollte ebenfalls als eine der Leistungen der Saakaschwiliregierung betrachtet werden. Und neben anderem sind auch das beachtlich vereinfachte System der Lizenzierung von Unternehmen und die Senkung einiger Steuern zu nennen.

Die Streitkräfte Georgiens wurden radikal auf Kosten eines Verteidigungshaushaltes, der durch die gestiegenen Einnahmen gefüllt wurde, und mit Unterstützung der USA und anderer Nato-Mitgliedstaaten erneuert. Die Kampfbereitschaft wurde signifikant verbessert. Georgische Truppen, die im Ausland Dienst leisteten, erhielten gute Noten von den Befehlshabern der Antiterrorkoalition unter Führung der USA.

Essenz der Wirtschaftsreformen

Im postrevolutionären Georgien gewann der „Nördliche Weg“, sprich Georgiens Integration in den russischen Wirtschaftsraum, an Bedeutung. Anatoli Tschubais, damals noch Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Energiesysteme Rußlands („RAO EES Rossija“) und bekannter russischer Politiker, schrieb, daß Rußland ein liberales Imperium im postsowjetischen Raum errichten müsse. Das Attribut „liberal“ stand dafür, daß das Imperium auf der Wirtschaft und weniger auf Zwang gründen sollte. Russische Unternehmen – staatliche wie private – sollten strategische Unternehmen der ehemaligen Sowjetrepubliken übernehmen, was in der langen Perspektive zur Wiederherstellung des Einflusses Moskaus auf diese Länder führen würde, so der Gedanke.

Rußland begann mit der Umsetzung des Masterplans in Armenien, das strategischer Partner Moskaus in der Kaukasusregion ist. Ende 2002, kurz vor der Präsidentschaftswahl in Armenien, die der sich erneut zur Wahl stellende Robert Kotscharian gewann, wurde die russisch-armenische Übereinkunft „Schulden gegen Anteile“ wirksam. Anfang 2006 erhielt Rußland neue Anteile strategischer Unternehmen im Austausch dafür, daß die Gaspreise für Armenien nicht erhöht wurden. Da Rußland und Armenien keine gemeinsame Grenze haben und mit Blick auf den eingefrorenen armenisch-aserbaidshanschen Konflikt ist Georgien der Keil im Wirtschaftsraum zwischen Rußland und Armenien. Würde Georgien in das liberale Imperium einverleibt, wäre auch das Schicksal Aserbaidshans vorherbestimmt angesichts der Tatsache, daß alle strategischen Wirtschaftsprojekte Bakus mit Georgien verbunden sind.

Der erste Schritt zur Einbindung Georgiens in das Netz des Imperiums war die Über-

nahme der Anteile eines US-Unternehmens an der AES Silk Road durch „EES Rossija“. Die neue georgische Regierung unterstützte den Zugang russischen Kapitals in die georgische Wirtschaft während der Privatisierung. Das beste Beispiel war der Verkauf der georgischen Gold- und Erzbergwerke sowie der angeschlossenen Verarbeitungsfabriken an „Starton Equities“, eine Tochtergesellschaft der russischen Holding „Industrial Investors“.

Ermutigt durch die Affinität der Regierung gegenüber russischem Kapital verkauften die Eigentümer der „United Georgian Bank“, die 1995 privatisiert worden war, die Bank an die russische Wneschtorgbank, an der die russische Regierung 99 Prozent der Anteile hält. Dieser Verkauf bedeutete die Verstaatlichung der „United Georgian Bank“ durch die russische Regierung. Die Übernahme folgte kurz auf den Erwerb der Armsberbank (der Sparkasse Armeniens) durch die Wneschtorgbank.

Gasprom trat besonders aggressiv auf. Der Konzern unternahm mehrere Versuche, die Pipeline über georgisches Territorium, die Armenien und Rußland verbindet, zu übernehmen. Ende 2005, Anfang 2006 verhandelte die georgische Regierung mit Gasprom über den Verkauf der Pipeline. Nicht klar ist allerdings, warum der Verkauf an den der russischen Regierung gehörenden Gaskonzern Privatisierung genannt wurde. Nach der Intervention der USA wurden die Verkaufsgespräche jedoch abrupt abgebrochen, was die russischen Pläne empfindlich störte. Leider ist offensichtlich, daß Georgien als Teil des liberalen Imperiums ausgewählt ist.

Nach der Rosenrevolution ist auch der Zustrom kasachstanischen Kapitals in die georgische Wirtschaft bemerkenswert. Der Zugang staatlicher Unternehmen auf den einheimischen Markt wurde ebenfalls als Privatisierung bezeichnet – vielleicht um für



die Regierung ein Reformimage zu schaffen.

Einige Aktivitäten der Regierung widersetzten sich jeder Wirtschaftstheorie wie auch dem gesunden Menschenverstand. Etwa die generöse Präsidialinitiative im Sommer 2006, durch die 50 000 Personen in ein Beschäftigungsprogramm eingebunden werden sollten. Die Idee war einfach. Die Regierung forderte von den Unternehmen, daß sie Arbeitslose drei Monate lang beschäftigen sollten. Dafür sollten letztere je 85 Dollar pro Monat aus dem Staatshaushalt erhalten. Anzumerken ist, daß im Sommer 2006 mit der Annahme des neuen Arbeitsgesetzbuches die Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 12,40 Dollar im Monat abgeschafft worden war. Das neue Programm kostete den Haushalt 12,7 Millionen Dollar. Im Prinzip braucht ein Unternehmen, das expandieren will, keine direkte Haushaltsunterstützung. Was die Regierung hätte tun müssen, wäre gewesen, für die Entwicklung von Weiterbildungs- und Umschulungsprogrammen zu sorgen. Diese Pflicht hat sie sträflich vernachlässigt.

Das Programm brachte nur einigen wenigen Menschen eine Arbeit. In den allermeisten Fällen wurde ein Deal ausgehandelt. Die Unternehmen stimmten zu, irgendwelche Verträge zu unterzeichnen, in denen sie vorgaben, daß sie jemanden beschäftigten, der irgendeine Arbeit erledigte. Eine solche Übereinkunft machte die Arbeitslosen glücklich, denn ein jeder erhielt für drei Monate Nichtstun 255 Dollar. Es gab allerdings auch Situationen, daß Unternehmen dem Vertragsabschluß nur unter der Bedingung zustimmten, daß die „Beschäftigten“ die staatliche

Beschäftigungsunterstützung mit ihnen teilen.

Der durchschnittliche Anteil der Löhne an den Produktionskosten liegt in Georgien in der Regel bei zwanzig Prozent. Die für Löhne bereitgestellten 12,7 Millionen Dollar hätten also Produkte und Dienstleistungen im Wert von sechzig Millionen Dollar zum Ergebnis haben müssen. Natürlich gibt es keine offiziellen Statistiken zu den Ergebnissen des Programms, doch wir können davon ausgehen, daß rund zehn Prozent der Zielgruppe tatsächlich eingestellt wurden. Das bedeutet, daß 12,7 Millionen Dollar aus dem Haushalt ausgegeben wurden, um Waren und Dienstleistungen im Wert von sechs Millionen Dollar zu produzieren.

Insgesamt kann man werten, daß die 12,7 Millionen Dollar nichts anderes als eine finanzielle Unterstützung der Arbeitslosen waren. Die Summe floß angeblich mit dem Ziel in den Markt, Verbrauchsgüter zu produzieren, da aber weder Waren noch Dienstleistungen produziert wurden, war der einzige Beitrag, den die Initiative leistete, eine Erhöhung der Inflation. In der Tat, jegliche Maßnahmen dieser Art, wie großzügig ihre Ziele auch sein mögen, werden nie zu den gewünschten Ergebnissen führen. Im Gegenteil. Sie führen im Verbund mit ähnlich ausgerichteten Maßnahmen nur zur makroökonomischen Destabilisierung. Unglücklicherweise wurde ein nationales Beschäftigungsprogramm eben dieses Typs auch im Dezember 2007 für 100 000 Personen gestartet.

Die Deregulierung, wie die Senkung der Zahl der Lizenzen und Erlaubnisse, hat die gesetzlichen Möglichkeiten für die Einmischung der Behörden in die Wirtschaft und das Geschäftsumfeld begrenzt. Die Steuersenkung hat die Steuerlast signifikant reduziert. Die Reduzierung der Importsteuer für Agrarprodukte und Baumaterialien sowie die Abschaffung der Importsteuer für eine Reihe anderer Güter

haben das Land wettbewerbsfähiger gemacht.

Das neue Arbeitsgesetzbuch ist „revolutionär“. Denn die Rechte der Arbeitnehmer wurden beschnitten, die der Arbeitgeber aber substantiell erweitert.

Diese Art von Reformen gleichen den südostasiatischen (Hongkong und Singapur) und den anglopazifischen (Australien, Neuseeland, USA und Kanada) Wirtschaftsmodellen. Es sollte also keine Überraschung sein, wenn die georgischen Reformen erst Richtung Osten gehen. Wir gehen über Südostasien, Australien und Neuseeland Richtung amerikanisch-kanadisches Modell.

Ein Umstand, der gesondert diskutiert werden sollte, ist, daß alle Reformen mit einer Art von Krankheit assoziiert werden, die als „Ratingmanie“ bezeichnet werden könnte.

Nach der Veröffentlichung der Ratingliste der Weltbank „Doing Business“ 2006, nach der Georgien einen beeindruckenden Sprung von Platz 112 auf Platz 37 gemacht hatte, kündigte die Regierung an, daß das Ziel für 2007 sei, das Land unter die zwanzig Top-Länder der Weltbankliste zu bringen. Tatsächlich fand sich Georgien auf Platz 18 wieder, wobei anzumerken ist, daß die vier ersten Plätze von Singapur, Neuseeland, den USA und Hongkong besetzt werden.

Doch die Regierung sollte um das öffentliche Wohl und die Prosperität des Landes bemüht sein und sich weniger um die Plätze auf irgendwelchen Ratinglisten sorgen. Und wenn ein Rating, dann sollte man dem Economist Intelligence Unit Quality of Life Index und dem Index der menschlichen Entwicklung der UNDP, wo Georgien nur auf den Plätzen 87 respektive 96 rangiert, mehr Aufmerksamkeit schenken.

Rückschritte

Zu den negativen Folgen der Stärkung der Präsidentschaft und der Schwächung der Par-

lamentenmacht müssen wir auf das intensive Gefühl der Straflosigkeit in den Reihen der Regierungsvertreter verweisen, das sich in erster Linie in einer Respektlosigkeit gegenüber der Oberhoheit der Gesetze ausdrückte. Humoristisch wird das geschwächte Parlament als „Anwalt der Regierung“ bezeichnet. Das Gerichtswesen hat sich zu einem Anhängsel der Generalstaatsanwaltschaft und der Regierung insgesamt verwandelt.

Die Kontrolle der Regierung über die Medien, vor allem die Fernsehsender, kennt keinen Vergleich. Die unabhängigen Sender „Kanal 9“ und „Iberia“, später „202“ und beliebte Zeitungen wie „Dilis Gaseti“ und „Mtavari Gaseti“ wurden bereits kurz nach der Rosenrevolution geschlossen. Die populären Privatsender „Rustawi-2“ und „Mze“ gerieten vollständig unter staatliche Kontrolle. Leider blieb das alles unbemerkt von den westlichen Freunden des georgischen Präsidenten.

Die Redundanz der Regierung ging einher mit schwerwiegenden Fehlern bei Personalentscheidungen und in der institutionellen Politik. In den Regierungsbehörden wurde die Mehrheit der erfahrenen Mitarbeiter entlassen, in der Regel unter Verletzung der Gesetze. Ersetzt wurden sie durch junge Menschen, die irgendeine Art von „internationalem Training“ erhalten hatten. Im Ergebnis sucht man in den Ministerien und Abteilungen vergeblich nach erfahrener Personal, was zum Verlust des wichtigen „institutionellen Gedächtnisses“ führt.

Die Fehler der Macht bei der Reorganisation der Ministerien wurden begleitet von der Unprofessionalität vieler „postrevolutionärer“ Minister. Das sprechendste Beispiel von mangelnder Professionalität war nach Verhängung des Importverbots für Wein und Mineralwasser seitens Rußlands die Beauftragung des Verteidigungsministers im Frühjahr 2006 mit der Propagierung georgischen Weins im Aus-

land. Andere Beispiele waren die Abschaffung des staatlichen Antimonopoldienstes Ende 2004 und die präsidentiale Initiative im Herbst 2007, den Innenminister (verantwortlich für Polizei und nationale Sicherheitskräfte) als Verantwortlichen für die Antimonopolregulierung zu berufen.

Die Revolutionswelle gab der Regierung „Mut“, einige Ministerien und Behörden umzustrukturieren. Vor allem das Staatliche Statistikamt, das zuvor unabhängig, aber dem Präsidenten rechenschaftspflichtig war, wurde Opfer der revolutionären Reorganisation. Es wurde in das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung eingegliedert. Im Ergebnis spielt die georgische Statistik heute dieselbe Rolle wie zur Sowjetzeit: Dem Amt wurde die politische Funktion zugewiesen, jährlich wachsende Wirtschaftszahlen zu verkünden. Eines der beachtenswertesten Beispiele, wie das Statistikamt politische mißbraucht wird, war die Informationspanne im August 2006. In seinen Periodika erklärte das Statistikamt, daß die Inflation im Juli 14,5 Prozent erreicht habe, was Kritik des Internationalen Währungsfonds (IWF) an der Regierung hervorrief. In Reaktion auf diese Kritik fand die georgische Regierung ein „ideales Heilmittel“: Der Leiter des Statistikamtes wurde sogleich entlassen, und sein Nachfolger korrigierte den Anweisungen der Regierung folgend die Inflationsrate bis auf 9,2 Prozent im Dezember nach unten. Der IWF blieb auf beiden Augen blind.

Man muß auch die Wege der Transformation der Korruption im postrevolutionären Georgien betrachten. Die außerbudgetären Konten, auf die die Gelder „für den Preis der Freiheit“ der Angeklagten flossen, wurden schon vorgestellt. Natürlich konnte es keine Transparenz hinsichtlich der Verausgabung der Mittel dieser Konten geben. Aber das Problem wurde noch schwerwiegender, als die Regierung

begann, die Konten auch mit „freiwilligen Beiträgen“ von Geschäftsleuten und Unternehmern zu füllen. Während die vorrevolutionären Funktionäre ihre Taschen für direkte Bestechungsgelder weit geöffnet hielten, so hatten die postrevolutionären Nachfolger die Taschen geschlossen, dafür aber Konten eröffnet. Der IWF ignorierte diese Konten anfänglich in der irrigen Annahme, daß für die Korruptionsbekämpfung alle Mittel zulässig sind. Offenbar hatte man dort die einfache Wahrheit vergessen, daß ein fruchtbares Umfeld für Korruption geschaffen wird, wenn man diese mit den Mitteln der Korruption bekämpft. Später im Frühjahr 2006 wurden diese Konten auf Druck des IWF geschlossen.

Der mangelnde Respekt der Regierung gegenüber der Verfassung und den Gesetzen zeigte sich auch im Prozeß der Privatisierung öffentlichen Eigentums. Unter Umgehung der Gesetze oder besser in vollständiger Verletzung dieser tauchten viele Neubesitzer gleichsam aus dem Nichts auf. Doch auch der Prozeß der Entprivatisierung nach der Rosenrevolution gibt Anlaß zur Sorge. Entprivatisierung bedeutet im georgischen Kontext, daß Wirtschaftsobjekte, die bereits privatisiert waren, den Eigentümern gewaltsam genommen und erneut zur Privatisierung angeboten wurden. In diesen Prozeß waren die Rechtschutzbehörden und vor allem die Generalstaatsanwaltschaft und das Innenministerium eingebunden, die auf die Eigentümer Druck ausübten, ihren Besitz „freiwillig zum Wohle der Regierung“ zurückzugeben. Zugleich gibt es keine Garantie, daß nicht irgendwann in der Zukunft die Notwendigkeit einer „Entprivatisierung“ erneut auf die Tagesordnung kommt. Das reale Ziel der Regierung war die Umverteilung des Eigentums im Sinne der neuen Elite.

Auch muß man Sorge haben angesichts anderer Beispiele der Nichtachtung der

Eigentumsrechte seitens der Regierung. Dazu zählen etwa außergerichtliche Entscheidungen, vor der Rosenrevolution gebaute Wohnhäuser in Privatbesitz zu zerstören, ungeachtet der Vorlage aller Dokumente über die Eigentumszertifizierung und die Legitimität des Baus. Das einzige Argument der Regierung zur Rechtfertigung dieser Zerstörung war der Wunsch, das „Stadtbild“ zu verschönern. Daß damit die Eigentumsrechte gröblich mißachtet wurden, schien die Regierung nicht zu stören. Paradoxerweise war dieser offensichtliche Mangel an Respekt gegenüber den Eigentumsrechten der Bürger nie Anlaß westlicher Kritik. Wie gesagt, in der Ratingliste 2007 der Weltbank rückte Georgien mit Blick auf „Doing Business“ auf Platz 18 vor, was an und für sich wenig Vertrauen weckt.

Vor dem Hintergrund des erfolgreichen Kampfes gegen die Massenkorrption bleibt das Problem der Korruption der Elite, darunter hochrangiger Regierungsvertreter, unberührt und ungelöst. Diese mißbrauchen einerseits Haushaltsmittel in Verletzung aller Regeln und bei absoluter Straflosigkeit zu ihrem eigenen Wohle und mißbrauchen ihren offiziellen Status zugleich, um favorisierte Unternehmen „unter ihren Schutz“ zu nehmen. Das sprechendste Beispiel ist der 2007 zurückgetretene Verteidigungsminister Irakli Okruaschwili, der der Korruption angeklagt wurde, als er das Regierungsboot verlassen hatte und in scharfe Opposition zum Präsidenten gegangen war. Dieses Beispiel lehrte zugleich sämtliche Mitglieder des Kabinetts und der Parlamentsmehrheit, daß niemand sicher sein kann, daß seine Korruptionssünden nicht aufgedeckt werden, sollte er in Opposition zur Macht gehen. Zugleich zeigt die Okruaschwili-Geschichte, wie „effektiv“ die Saakaschwiliadministration darin ist, den Kampf gegen politische Gegner zu führen. Solange Okruaschwili in der

Regierung war, wurde er von Saakaschwili als „idealer Minister“ und als vorbildhaft für andere Regierungsmitglieder dargestellt. Nachdem er seinen Rücktritt erklärt hatte, entschied man sich zunächst, seinen Rückzug nicht zu kommentieren. Erst als er öffentlich seine politischen Ambitionen verkündete, wurde er der Korruption angeklagt.

In den Kontext der beschriebenen negativen Folgen der Regierungsaktivitäten passen auch die vielfältigen Verletzungen der Menschenrechte, darunter Morde an jungen Menschen durch die Polizei, wobei die Täter, wie in der breiten Öffentlichkeit geglaubt wird, nicht bestraft wurden. Diese und andere Verletzungen wurden detailliert im Bericht des Menschenrechtsbeauftragten Georgiens aufgelistet, und sie scheinen für niemanden eine Überraschung gewesen zu sein. Bis in die jüngste Zeit war die Kritik des Westens an diesen und vielen anderen Fakten so vorsichtig, daß Saakaschwili und seine Mannschaft keinen wirklichen Grund hatten, auch nur einen ernsthaften Schritt zu unternehmen, um diese Mißstände und Fehler zu beseitigen, ganz zu schweigen von den Fehlern, die früher begangen wurden.

Schlußfolgerung

Während alle Leistungen der Saakaschwilimannschaft enthusiastisch von den Führern der westlichen Staaten und internationaler Organisationen gefeiert wurden, waren ihre Fehler im besten Falle Anlaß zur vorsichtigen Kritik. Dies läßt natürlich die Frage aufkommen, warum der Westen die Augen vor all den schweren Fehlern verschloß.

Daß der Westen sich von Saakaschwili „blenden“ ließ, war erstens der Tatsache geschuldet, daß er vom ersten Moment an als Beispiel eines erfolgreichen postsowjetischen Führers mit westlicher Universitätsbildung wahrgenommen wurde. Zudem gelang es ihm,



durch seine vielen leidenschaftlichen Reden und Interviews im Westen ein Bild von sich als eines Anwaltes demokratischer Werte, der Menschenrechte und der Marktwirtschaft aufzubauen. Es ist wichtig anzumerken, daß anders als seine für das westliche Publikum bestimmten Reden seine öffentlichen Auftritte in Georgien insbesondere nach seinem Machtantritt eindeutig und vornehmlich aggressiv gegen das eigene Volk waren. Eines der typischsten Beispiele will ich nennen: in einer Rede im georgischen Fernsehen bezeichnete er die ältere Generation der Gelehrten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Georgien als Menschen, die man „herunterspülen“ müsse. Diese Art der Verbalaggression in Kombination mit den negativen Folgen des Regierens trugen langsam zur Haltung der Fachleute bei, daß die Macht in Georgien autoritär ist und die keimhaften demokratischen Elemente Tag für Tag geschwächt werden.

Die offiziellen Erklärungen der georgischen Führung mit Blick auf den Beitritt zur Nato und zur EU, die Teilnahme georgischer Streitkräfte an der Antiterrorkoalition im Irak und an den Friedenstruppen im Kosovo und in Afghanistan wurden als Beweis der pro-westlichen Orientierung der Revolutionsregierung betrachtet. Doch sei angemerkt, daß ähnliche Erklärungen bereits von der Schewardnadserregierung gemacht wurden und die ersten Militärmissionen ins Kosovo und in den Irak vor der Rosenrevolution auf den Weg gebracht wurden.

Der Westen mochte auch die eindeutig antirussische Rhetorik Saakaschwilis, die sich in scharfer, manchmal sogar zynischer Kritik an der höchsten Staatsführung Ruß-

lands manifestierte. Wenig Aufmerksamkeit aber wurde der Tatsache geschenkt, daß Georgien nach der Rosenrevolution die Türen weit für das russische Kapital öffnete, dessen Interessen an Georgien in keiner Weise gesunken sind, ungeachtet des von Rußland verhängten Embargos gegen georgische Exporte seit Frühjahr 2006. Gleichzeitig trug die unverhohlene Ablehnung der georgischen Regierung und Saakaschwilis persönlich seitens des Kreml in Kombination mit offenen Aggressionen gegenüber Georgien zur steigenden Unterstützung Georgiens seitens des Westens bei. Und diese war schon vor der Rosenrevolution extensiv.

Georgiens prowestlicher und antirussischer Kurs war vielleicht der Hauptgrund, daß der Westen alle negativen Entwicklungen im Lande ignorierte. Und wie es scheint, hat dies die Regierung als erste erkannt. Vor allem nach dem Besuch von US-Präsident George Bush im Mai 2005 wies das Verhalten der georgischen Führung Symptome eines „Vergeben- und Vergessen-Syndroms“ auf: man glaubte, daß der Besuch selbst nicht nur von Nachsicht und Entlastung für bereits verübte antidemokratische Aktionen, sondern auch für solche in der Zukunft zeuge.

Die georgische Erfahrung lehrt, daß eine prowestliche und antirussische Orientierung keine Garantie für eine demokratische Entwicklung ist. Nach dem 7. November 2007 zirkulierte ein zynischer Ausspruch unter den Bürgern der Hauptstadt: „Regt mich nicht auf, während ich die Demokratie aufbaue, sonst bringe ich euch alle um.“

Die georgische Erfahrung zeigt auch, daß der Westen mindestens zwei Standards an Demokratie anlegt: den einen für sich selbst, den anderen für Länder wie Georgien. Letzterer gleicht eher dem Autoritarismus denn der Demokratie. Mit diesem Herangehen erzeugt der Westen – vielleicht unbewußt – mit Blick auf die prowestliche Orientierung ein ne-

gatives Gefühl in der öffentlichen Wahrnehmung. Denn diese Orientierung wird fälschlicherweise als das Streben, den Autoritarismus zu unterstützen, wahrgenommen.

Um sein eigenes Image und das Georgiens zu retten, trat Saakaschwili im November 2007 zurück und setzte vorgezogene Präsidentschaftswahlen für den 5. Januar 2008 an. Am 21. Mai 2008 wurde auch das neue Parlament gewählt. Im Laufe des Präsidentschaftswahlkampfes war offensichtlich, daß Saakaschwili die administrative Ressource in seinem eigenen Interesse nutzte, er gab Anweisungen an die Regierung, als sei er noch im Amt, erschien bei öffentlichen Zeremonien und ähnliches. Mit Blick auf die Bedingungen waren es alternative Wahlen, es gab kaum Zwischenfälle. Bei der Auszählung erhielt Saakaschwili wenige Prozent mehr als die benötigten fünfzig Prozent, um eine zweite Runde zu vermeiden. Seine Partei erlangte die überwältigende Mehrheit der Sitze im Parlament. Die internationalen Beobachter qualifizierten das Wahlumfeld und die Durchführung der Wahlen als gültig. Einheimische Beobachter aber haben ernste Vorbehalte mit Blick auf die Transparenz und die Ehrlichkeit der Stimmenauszählung. Die Opposition protestiert nach wie vor gegen die Ergebnisse.

Allerdings von nicht minderer, wenn nicht größerer Bedeutung für Georgien ist die Nachkriegszeit. Die Herausforderung heute ist, daß das Land nicht hin zum russischen Modell der „souveränen“ oder „kontrollierten“ Demokratie abrutscht, unter dem die russische Führung versucht, ihre autoritäre Herrschaft zu verstecken. Hier ist der Westen unentbehrlich. Es ist zu hoffen, daß er nicht länger gewillt ist, Georgiens Präsidenten und Parlament blind zu vertrauen.

Vladimer Papava,
Stiftung für Strategische und
Internationale Studien, ehemaliger
Wirtschaftsminister, ehemaliger
Abgeordneter, Tbilissi

„Diplomatie ist die Kunst, das Schlimmste zu verhindern“

Interview mit
Salome Surabischwili

Wenn wir den Blick zurückwenden und die Saakaschwili-Präsidentschaft mit immer wieder wechselnden Regierungsmanschaften betrachten, kommt Ihnen dann der Gedanke, daß der Weg hin zur militärischen Konfrontation voraussagbar und unabwendbar war?

Das ist eine trickreiche Frage. Denn natürlich wäre die Eskalation zu vermeiden gewesen. Die Diplomatie ist die Kunst, solche Entwicklungen, ja, das Schlimmste wie gerade einen Krieg zu verhindern. Es war also ein Versagen, dessen Zeugen wir wurden und sind. Das unabhängige Georgien, als ein sehr kleines Land, war sich stets sehr bewußt, daß in der heutigen Etappe die größte Bedrohung von Rußland kommen könnte – zu anderen Zeiten gab es andere Bedrohungen, andere Feinde. Der Hauptfokus aller Bemühungen war, gerade zu verhindern, daß sich diese Bedrohung manifestiert. So habe ich es auch in meinem Amt als Außenministerin versucht. Ich habe zugleich versucht, zu so norma-

len Beziehungen wie möglich mit Rußland zurückzukehren, ohne dabei unsere erklärte westeuropäische Orientierung zu verraten. Ich denke, damals wäre die Normalisierung möglich gewesen, in der Zukunft wird dies ungleich schwieriger sein. Konkret ist es heute unmöglich, denn Georgien befindet sich in einer wirklich kritischen Situation. Vielleicht beantwortet dies Ihre Frage, aber dies führt uns natürlich zu anderen Fragen.

Ja, wie etwa zu der Frage der unmittelbaren Verantwortung.

Es ist noch zu früh, diese Frage zu stellen, allerdings werden wir Antworten geben müssen, wenn wir wieder zu einer halbwegs normalen Situation im Lande zurückgekehrt sind, das heißt zu einer demokratischen Gesellschaft, die ihre eigenen Fehler offen und ehrlich diskutieren kann. Und wenn wir die Frage der unmittelbaren Verantwortung betrachten, kommen wir vielleicht zu der Erkenntnis, daß sie verknüpft ist mit der Tatsache, daß Georgien bereits vor

Diplomatie ist die Kunst, das Schlimmste zu verhindern, so die Haltung der Vorsitzenden der Oppositionspartei „Georgiens Weg“ und ehemalige Außenministerin Georgiens Salome Surabischwili. Der Krieg zwischen Georgien und Rußland war also Ausdruck des Versagens, dabei nicht nur der georgischen Seite, sondern auch der westlichen Partner, die ihre Augen vor den undemokratischen Tendenzen im Lande verschlossen haben. Die innenpolitische Entwicklung wird derzeit zum Großteil von äußeren Faktoren bestimmt, da alles vermieden werden muß, was den Russen in die Hände spielen könnte.